

Protokoll des Fachausschusses „Bildung und Weiterbildung“ des Stadtteilbeirates Walle am 14.03.2012, 18.30 Uhr in der ABS, Steffensweg 171

Nr.: XI/02/12

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Anwesend waren:

Herr Gerald Wagner, in Vertretung für Frau Nicola Domann
Herr Joseph Heseding
Herr Jens Hirschberg
Herr Özcan Kara
Herr Mirko Pätsch
Herr Ingo Lenz
Frau Nicoletta Witt

An der Teilnahme war verhindert:
Frau Nicola Domann

Als Gäste waren anwesend:

Herr Frank Grönegreß, Schulleitung ABS
Frau Erika Bosecker, Schulleitung ABS
Frau Andrea Herrmann-Weide, Senatorin für Bildung
Herr Thomas Bendlin, Schulleitung OS Helgolander Straße
Frau Renate Riebeling, Schulleitung OS am Waller Ring
Frau Maria Schümann, Schulleitung GSW
Frau Silke Borchers, Schulelternsprecherin OS Helgolander Straße
Herr Werner Meißner, Schulelternsprecher OS Helgolander Straße

Es wird sich einstimmig dafür ausgesprochen, folgende Tagesordnung zu beraten:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/01/12 vom 09.02.2012 (gem. Sitzung mit FA „Soziales“)
- TOP 2:** Allgemeine Berufsschule Steffensweg:
Aktuelle Situation und Zukunftsplanungen
Gastgeber/Gastgeberin:
Herr Frank Grönegreß (Schulleitung)
Frau Erika Bosecker (Schulleitung)
- TOP 3:** Einführung und Umsetzung von Inklusion in der Oberschule:
Erörterung der aktuellen Situation
dazu eingeladen:
Frau Andrea Herrmann-Weide, Senatorin für Bildung
Herr Thomas Bendlin, Schulleitung OS Helgolander Straße
Frau Renate Riebeling, Schulleitung OS am Waller Ring
Frau Maria Schümann, Schulleitung GSW
Frau Silke Borchers, Schulelternsprecherin OS Helgolander Straße
Herr Werner Meißner, Schulelternsprecher OS Helgolander Straße
- TOP 5:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und bedankt sich bei der Schulleitung der ABS für die Möglichkeit, in der Schule tagen zu dürfen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/01/12 vom 09.02.2012 (gem. Sitzung mit FA „Soziales“)

Das o. g. Protokoll liegt zur Genehmigung noch nicht vor.

TOP 2: Allgemeine Berufsschule Steffensweg:
Aktuelle Situation und Zukunftsplanungen

Herr Grönegreß und Frau Bosecker erläutern die aktuelle Situation ihrer Schule und beschreiben anschließend gegenwärtige Problemfelder.

Der Schulleiter beschreibt u.a. das denkmalgeschützte Gebäude, in dem die ABS untergebracht ist. Es gibt Dependancen in der Valckenburghstraße, Sebaldsbrücker Heerstraße, in Hemelingen sowie am Buntentor.

Die ABS besitzt einen Alleinstellungsvermerk. Das bedeutet, dass alle Absolventen der OS, die keine Anschlussperspektive haben, aber weiter der Schulpflicht unterliegen, dort berufspädagogisch beraten werden. Die Beratungsstelle arbeitet für Gesamtbremen.

Die vorhandenen 13 Klassen sind auf verschiedene Berufsfelder verteilt. Weiter gibt es Praktikumsklassen, das sind Angebote für SchülerInnen, die einen Abschluss erworben, aber keine Anschlussperspektive haben.

Für SchülerInnen des FÖZ gibt es Erfahrungs- und Motivationskurse (in der Valckenburghstraße). Für SchülerInnen aus dem Sek-II-Bereich werden Angebote im Sprachbereich angeboten. Diese Angebote laufen zum Teil bis zu zwei Jahren, da die TeilnehmerInnen die deutsche Sprache erlernen müssen. Des Weiteren bestehen noch Angebote für Schulmeister im Sek-II-Bereich.

An der Schule arbeitet ein sehr engagiertes Lehrerkollegium, das sozialpädagogisch und psychologisch orientiert ist. Nicht unerwähnt bleiben sollten die an der Schule beschäftigten Lehrmeister.

Folgende Problemfelder werden thematisiert:

Weiterbewilligung von Sozialpädagogik-Stellen

Herr Grönegreß stellt ausführlich die Auswirkungen bei Wegfall der derzeit bis 12/2012 befristeten Stellen für SozialpädagogInnen dar. Die Finanzierung der Stellen erfolgte bislang über ESF-Mittel, Träger der Maßnahmen ist das Zentrum für Schule und Beruf in Bremen.

Für die SchülerInnen der ABS hätte die Streichung der Maßnahme zur Folge, dass ein großer Teil der sozialpädagogischen Intervention nicht mehr angeboten werden kann. Die Nichtbewilligung der Stellen hat auf Einzelfallebene gravierende Auswirkungen. Darüber hinaus müsste die ABS die Betreuung und Zusammenarbeit mit kooperierenden Einrichtungen streichen, was für die SchülerInnen einen erheblichen Verlust in der Betreuungsqualität bedeuten würde.

Votum Fachausschuss:

Der Fachausschuss schließt sich der Forderung der ABS an, die genannten Stellen auch nach Dezember 2012 weiter zu finanzieren.

Das Ortsamt wird nach Rückkoppelung mit dem Ausschusssprecher gebeten, die Problemstellung in Form einer Stellungnahme an das Sozialressort zu leiten.

Anmietung zusätzlicher Räume für die neue Beratungsstelle

Ein weiteres Problem besteht hinsichtlich der ungeklärten Raumsituation der neuen Beratungsstelle im Bereich beruflicher Orientierung. Diese Beratungsstelle ist zuständig für die Beratung der Kandidaten für die einjährigen berufsvorbereitenden Berufsfachschulen. Es gibt insgesamt sechs BeraterInnen mit jeweils einer halben Stelle. In der ABS fehlt es an Räu-

men für diese MitarbeiterInnen. Vor dem Hintergrund fachlicher Erwägungen ist eine enge Verzahnung mit der bereits in der Schule ansässigen berufspädagogischen Beratung angezeigt. Die Verlagerung an andere Standorte würde die notwendige Kooperation verhindern. Eine Lösung wird in der Anmietung von Räumen in einem Teil der ehemaligen Hausmeisterwohnung gesehen.

Votum Fachausschuss:

Der Fachausschuss schließt sich der Forderung der ABS an.

Das Ortsamt wird gebeten, eine entsprechende Stellungnahme an das Bildungsressort zu leiten.

Fundraising

Von Frau Bosecker wird die Integration, die ein wichtiger Punkt an der ABS ist, angesprochen. Die Bedingungen für die Problemjugendlichen haben sich in den letzten Jahren verändert. Am Ende eines jeden Schuljahres müssen die Jugendlichen eine Prüfung ablegen. Jugendliche aus 50 Nationen, die die Sprachklassen besuchen, sollen einen Abschluss erwerben. Erstmal den Abschluss der Sprachklasse und weiter sollten sie nach Möglichkeit auch einen Schulabschluss erreichen. Die ABS führt das Modell eines „sozialen Trainingsraumes“ durch, in dem die SchülerInnen aufgefangen werden, die im Schulalltag auffallen. Dieser Trainingsraum wird von der ABS seit 2006 über Sponsoren und Projektgelder finanziert. Die ABS bemüht sich gerade für das neue Schuljahr, Gelder einzuwerben. Man bittet um ein Unterstützungsschreiben.

Ergebnis:

Herr Heseding bietet seine Unterstützung bei der Sponsorensuche an und formuliert ein entsprechendes Schreiben für die Schule.

Situation nach Wegfall des Jugendeinsatzdienstes

Der JED der Polizei Bremen wird an der ABS sehr vermisst. Jetzt ist als erster Ansprechpartner ein KOP für die Schule zuständig. Der Polizeibeamte ist gleichzeitig für fünf Schulen zuständig. Die als sehr sinnvoll erachteten direkten, schnellen Kontakte zwischen Schule und Polizei können so nicht geleistet werden. Die in der Vergangenheit beschlossene Sonderregelung, dass die Mitarbeiter des JED einen Teil ihrer Arbeitszeit einzig für die ABS verwenden, konnte nicht beibehalten werden.

Fazit:

Frau Bosecker wird die Problemfelder schriftlich zusammenfassen und dem Ortsamt zuleiten. Die Problembeschreibung soll an Polizei und Innenressort weitergeleitet werden.

Inklusion an der ABS

Frau Bosecker bezieht weiterhin Stellung zur Einführung von Inklusion an der Schule.

Wenn Inklusion an der ABS oder an anderen Schulen stattfinden soll, dann müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Wer Inklusion machen möchte, braucht zunächst andere Ressourcen (zusätzliche SonderpädagogInnen, Neu- und Weiterqualifizierung, SozialpädagogInnen), neue Lernbereiche, die in Schule hereingeholt werden müssen. Es gehört auch eine gute Kooperation mit dem Stadtteil dazu.

Die ABS ist offen für „Inklusion“, aber man benötigt zusätzlich Unterstützung, Ressourcen und neue Qualifikationen. Man wird an die Behörde herantreten und über die Eckwerte der Ausstattung eines ZUP zu verhandeln.

TOP 3: Einführung und Umsetzung von Inklusion in der Oberschule:
Erörterung der aktuellen Situation

Der Elternbeirat der OS Helgolander Straße, heute u.a. vertreten durch Frau Borchers und Herr Meißner, sind mit der Bitte an Beirat/Ortsamt herangetreten, das Thema Inklusion im Fachausschuss zu diskutieren. Die bisherige Kommunikation zur Behörde sei nicht ausreichend, viele Fragestellungen bleiben offen.

Kritik wird u.a. daran geäußert, dass die räumliche Ausstattung und Personalversorgung an der OS Helgolander Straße nicht dem entspricht, was die Behörde Eltern und SchülerInnen seinerzeit zugesagt habe. So sei ein von nur einem Pädagogen betreuter Vorkurs (vom 5. Jahrgang aufsteigend durch alle Jahrgänge) mit bis zu 26 SchülerInnen aufgefüllt worden. Nach einem Protestschreiben der Schule, wurde eine zweite Kraft vom SZ Obervieland zugewiesen.

Weiterhin ist ein dem siebenzügigen siebten Jahrgang versprochener naturwissenschaftlicher Trakt nicht eingerichtet worden. Die naturwissenschaftlichen Räume wurden lediglich renoviert.

Herr Meißner führt weiter aus, dass behördlicherseits kein Personal und keine Räumlichkeiten aufgestockt wurden. In der neuen vorliegenden Statistik der Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf, sind nur noch elf statt bisher 24 Kinder aufgeführt. Dies ist nicht positiv zu sehen, da die Inklusionskinder einen Anspruch auf Förderung haben und nicht bekommen. In den Inklusionsklassen werden lt. Bildungsbehörde Sonderpädagogen mit jeweils 15 Wochenstunden eingesetzt. In der Praxis kann dies zu einer ungleichen Verteilung von Förderstunden führen, je nachdem, ob fünf oder nur drei Kinder mit einem Anspruch auf jeweils drei Förderstunden pro Woche die Inklusionsklasse besuchen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Bendlin die schwankenden Zahlen in der vorliegenden Statistik der Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf ausführlich. Bedauerlicherweise gibt es von der Behörde keine Ressourcen für die nachträglich benannten SchülerInnen.

Die Referentin aus der Bildungsbehörde für den Prozess der Inklusion, Frau Herrmann-Weide, begründet die sinkenden Zahlen auf den Listen damit, dass zuvor auch Kinder mit so genannten Teilleistungsstörungen aufgelistet gewesen seien. Diese Gruppe ist anschließend aus den Listen gestrichen worden. Sie sagt dem Beirat und den ElternvertreterInnen zu, wenn eine Nachsteuerung nötig ist, wird das auch vorgenommen werden. Weiter führt Frau Herrmann-Weide aus, das bei dem Wechsel von Klasse 4 in Klasse 5 noch mal ein Feststellungsverfahren für sonderpädagogischen Förderbedarf durchgeführt wird, um festzustellen, in welchen Bereichen Förderbedarfe vorliegen. Laut Bildungsbehörde werden Sonderpädagogen mit jeweils 15 Wochenstunden in den Inklusionsklassen eingesetzt, in den Schüler mit und ohne Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache, Verhalten (LSV) gemeinsam lernen.

Im vergangenen Jahr wurden die verhaltensauffälligen SchülerInnen nicht berücksichtigt. Dies soll sich zukünftig ändern.

Frau Riebeling von der OS Waller und Frau Schümann von der GSW stellen dar, dass Inklusion für die Schulen eine große Herausforderung sei. Man brauche Klarheit, Planungssicherheit und weitere Ressourcen (insbesondere mehr Personal), um eine gute Qualität in der Inklusion für alle SchülerInnen zu erreichen.

In der darauf folgenden Aussprache zwischen den Schulleitungen, der Behördenvertreterin und dem Fachausschuss wird nochmals eingehend auf die alten und neuen Eintragungen in die „Magellan-Liste“ eingegangen.

Ab Schuljahr 2011/2012 trat die Veränderung ein, dass die Eintragungen von der Schulaufsicht vorgenommen werden. Herr Heseding hat sich die Zahlen für Gesamtbremen näher angeschaut:

Die Quote der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich LSV liegt bei 5,1 %. Betrachtet man allerdings nur den Bereich Walle, Findorff und Gröpelingen so steige sie auf 8,7 %. Und auf 10,1 % im Bereich Walle/Gröpelingen. Es liegt also eine deutlich andere Situation vor, die auch berücksichtigt werden muss.

Die Ressourcen, die dem Bremer Westen zur Verfügung stehen, reichen einfach nicht aus. Die Ausstattung mit PädagogInnen und SozialpädagogInnen muss entsprechend den Vorgaben von der Behörde geleistet werden. Das bedeutet: Kinder mit dem Bildungsgang L 3 Stunden, Kinder im Bereich Verhalten 4 Stunden, Kinder im Bereich Wahrnehmung und

Entwicklung 5 Stunden. Wo sich nach der Einrichtung von Inklusionklassen weitere Bedarfe ergeben, da ist eine Nachbesserung - auch in der Personalausstattung - zwingend erforderlich. Auch die Klassenfrequenzen (wie sie zugesagt wurden) müssen eingehalten werden und sollten nicht weiter überschritten werden.

Wichtig ist eine entsprechende Raum- und Personalausstattung an den Schulen, damit auch unter schichtspezifischen Gesichtspunkten alle Gruppen im Stadtteil vertreten sind.

Frau Herrmann-Weide betont nochmals, dass sie hier und heute keine Zusagen machen kann. Die Einführung und Umsetzung von Inklusion in der Oberschule konnte lediglich dargestellt werden.

Ergebnis:

Der Fachausschuss wird sich weiter mit der Thematik beschäftigen und die Umsetzung von Inklusion u.a. in der Planungskonferenz am 26.04.2012 erneut aufrufen.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Herr Heseding nimmt Bezug auf den in der Anlage beigefügten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem es um die Qualitätsstandards der Hortbetreuung geht. Der Antrag soll heute nicht abgestimmt werden, sondern zunächst auch im Sozialausschuss diskutiert werden. Eine Abstimmung erfolgt im Rahmen der Planungskonferenz am 26.04.2012

Die Vorsitzende informiert sich bei Frau Deister-Haag (Schulleitung Grundschule Pulverberg) zum Sachstand des im April 2011 gefassten Beschlusses „Zusätzlicher Bedarf an heilpädagogischen Maßnahmen (IHTE) an der Ganztagschule“.

Frau Deister-Haag teilt dazu mit, dass mit dem Referat 25 der Bildungsbehörde eine Sitzung stattgefunden hat. Die im Dezember 2011 formulierten 14 Einzelfallanträge auf IHTE sind an das AfSD gegangen und auch nach immer wieder erfolgter Nachfrage, steht bis dato kein Ergebnis fest. Die Schule wurde ebenfalls bei den Neueinstellungen von SozialpädagogInnen nicht berücksichtigt. Auch fehlen der Ganztagschule am Pulverberg 72 LehrerInnenstunden.

Stellungnahme Fachausschuss

Für die nächste öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Walle am 26.04.2012 wird ein Antrag zum Thema formuliert.

Herr Lenz fragt nach dem Sachstand der Ohlenhof-Schule. Gibt es Ideen, eventuell Kinder aus dem Stadtteil Gröpelingen in Walle zu unterrichten?

Eine Mutter berichtet dazu, dass sie ein Schreiben vom ZEB bekommen hat, in dem Herr Bothmann den West-Eltern (Kinder ohne Schulplatz) einen Termin zu einer Infoveranstaltung angeboten hat.

Ein sachkundiger Bürger aus dem Beirat Gröpelingen berichtet, dass die Bildungsbehörde mit den Eltern ein Gespräch führen möchte. Es soll eine 3-zügige Schule mit je 18 SchülerInnen geplant werden. Es gibt noch keinen konkreten Standort.

Herr Tapking bitten das OA bei der Bildungsbehörde folgendes nachzufragen:

Da aus den Medien zu entnehmen war, dass die OS Ohlenhof von Eltern wenig angewählt worden ist, stellt sich die Frage, ob sich diese Situation auf den Stadtteil Walle auswirkt?

Frau Herrmann-Weide hat die Information von heute um 09.30 Uhr, dass die Oberschule Ohlenhof zum August d. J. kommen wird; eventuell auch in Containern.

Eine nichtöffentliche Sitzung des Fachausschusses „Bildung und Weiterbildung“ findet am 18.04.2012, 18.00 Uhr im OA zur Vorbereitung der Planungskonferenz Bildung am 26.04.2012 statt.

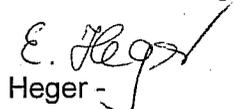
Vorsitzende:


- Müller -

Sprecher:


- Heseding -

Protokollantin nach
Bandaufzeichnung:


- Heger -